

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Lützenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Vom bevorstehenden Kriege.

Während wir diese Zeilen schreiben, geht ein großes Kriegsgeschrei von einem Ende des Landes zum andern, und wenn auch augenblicklich manchem die Erhaltung des Friedens gesichert scheint, so wird es doch wahrscheinlich noch Wochen und Monate dauern, ehe wir aus der schlammigen Ungewissheit heraus sind. So viel ist aber gewiss, daß die Oesterreicher ihre Truppen an die preussische Grenze rücken lassen, weil sie einen preussischen Angriff befürchten. Ebenso wird die preussische Armee mit vielen und schweren Kosten in Kriegsbereitschaft gesetzt, um nicht von einem österreichischen Angriffe überrascht zu werden. Wie das Alles gekommen ist, wollen wir hier nicht noch einmal erzählen, wir sagen jetzt nur so viel, daß die Kriegsgefahr da ist, und daß die Regierung uns und unsere Vertreter nicht danach gefragt hat, ob wir die Herbeiführung eines Krieges unter den jetzigen Umständen und für die Zwecke und Pläne der jetzigen Minister für gerecht und notwendig halten oder nicht. Unsere Vertreter sind auch nicht gefragt worden, ob sie in unserem Namen das Geld und das Blut des Landes zu einem Kriege bewilligen wollen, den die Minister für notwendig halten mögen.

Schon in unserem Blatte vom 10. März haben wir gezeigt, daß es mit dem Geiste unserer Verfassung nicht übereinstimmt, und daß es in keinem Falle gut gehen ist, wenn man einen Krieg anfängt, ohne zu wissen, ob das Volk ihn auch will, und ob es auch mit freudigem Herzen alle die schweren Opfer bringen wird, die auch ein glücklicher Krieg von solcher Größe, wie der jetzt befürchtete, ihm auferlegt. Und nun gar ein unglücklich geführter Krieg! Unsere Greise können noch heute davon erzählen, wie es lange Jahre im preussischen Staate ausgesehen hat, als der fädelich gerechte Krieg von 1806 uns darum die schwere Niederlage bei Jena brachte, weil er nicht mit dem nöthigen Geschick geführt wurde.

Das muß jeder verständige Mann sich zu Herzen nehmen. Doch wollen wir heute nicht weiter davon sprechen. Wir wollen von etwas Anderem und zunächst davon reden, welche Opfer das Land bringen muß, da-

mit ein Krieg mit Oesterreich auch nur angefangen werden kann.

Oesterreich ist mehr als doppelt so groß und hat beinahe noch einmal so viele dienstfähige junge Männer als Preußen. Doch sind seine Einrichtungen und seine Finanzen schlechter als die unsrigen. Es kann daher für's Erste nur einen verhältnißmäßig geringeren Theil dieser Mannschaften zum Kriege verwenden, als wir. Ein norddeutscher, wahrscheinlich preussischer Offizier, der eine sehr hohe Meinung von der preussischen Macht hat, hat nun so eben noch in der „Köln.-Ztg.“ berechnet, daß die Oesterreicher für den Anfang nur 619,000 Mann auf die Beine bringen können, Preußen aber 638,000 Mann. Unsere Leser sehen, daß, wenn dieser Offizier auch richtig gerechnet hat, doch der Unterschied in der Zahl nicht der Rede werth ist.

Dagegen ist es sehr der Rede werth, daß wir Preußen, um jene 638,000 Mann aufzubringen, das jetzige, etwas über 210,000 Mann starke Heer geradezu verdreifachen müssen. Mehr als 420,000 Rekruten und Landwehrlente des ersten Aufgebotes müssen von unseren Lehrern, aus unseren Werkstätten, unseren Fabriken, unseren Comptoirs und zum Theil aus unseren Schulen und Beamtenstufen weggenommen und ihnen der Kriegsdienst angezogen werden. Jeder kann sich berechnen, wie unsäglich viel Arbeitskraft und Geld damit dem Lande und Jedem von uns verloren geht!

Und nun noch die baaren Ausgaben! Im Staatsschatze liegen etwa 16 Millionen Thlr. baares Geld und in den sonstigen Kassen mögen wohl neun Millionen übrig sein, die zu außerordentlichen Ausgaben verwandt werden können. Aber diese fünfundschwanzig Millionen werden eben nur hinreichen, um den großen Krieg anzufangen. Um ihn aber führen zu können, muß man Anleihen machen und uns Kriegssteuern und Naturallieferungen aller Art auferlegen. Will man das aber nicht, weil man die Zustimmung des Abgeordnetenhauses dazu nicht erlangen zu können glaubt, nun so bliebe nichts übrig, als zu den Kriegsausgaben auch das Geld zu verwenden, was zu anderen Staatszwecken doch so dringend notwendig ist, und

dazu die Werthpapiere, die sich mit einem augenblicklichen Kursverluste von 27 bis 28 Millionen Thlr. im Staatsfchape und in der Kasse der Seehandlung befinden, mit den allerchwersten Verlusten zu verkaufen. Doch auch dies Geld würde nur für wenige Monate ausreichen, und dann würde es doch immer dahin kommen, daß wir unser baares Geld und unsere Borräthe in Speichern und Scheuern und das Vieh in unseren Ställen um ein Geringses hingeben müssen.

Das wäre der Krieg mit Oesterreich allein. Aber wenn nun die anderen deutschen Regierungen sich auf Oesterreichs Seite schlagen, wenn die Oesterreicher sich mit den Dänen, die preussische Regierung sich mit den Italienern verbindet, und wenn dann auch noch Rußen und Franzosen und Engländer das Schwert in die Waagschale werfen! Wie wird es dann in der Welt und in unserem Lande aussehen? Und dabei haben wir noch an nichts weiter erinnert, als an die schweren Opfer und Verluste an Geld und Gut. Aber nun das unschuldige Blut unserer Söhne und Brüder, das vergossen werden soll, weil die preussischen und österreichischen Minister sich über die schleswig-holsteinische Frage nicht miteinander vertragen können!

Dennoch klagen wir über den Krieg nicht, wenn die Vertheiligung unseres Rechtes und unserer Ehre ihn nothwendig macht, aber wir wünschen, daß wir und unsere Vertreter über die Nothwendigkeit auch eines solchen Krieges befragt werden. In diesen Krieg, wenn er ausbrechen sollte, werden wir aber ungefragt hineingetrieben. Und außerdem sind wir überzeugt, daß derselbe trotz alledem, was auch bisher auf beiden Seiten verschuldet ist, doch auch heute noch vermieden werden kann, wenn wir eine Regierung bekämen, die in unserem eigenen Lande den inneren Frieden herzustellen und die Zuneigung des Volkes in den anderen deutschen Staaten für sich zu gewinnen den Willen und die Fähigkeit besitzt.

Die Deutschen außerhalb Preußens können dem jetzigen preussischen Ministerium unmöglich ihre Zuneigung oder auch nur ihr Vertrauen schenken. Sie werden niemals vergessen, was das Haupt dieses Ministeriums, der Graf Bismarck, schon in der berühmten Kommissionsbildung vom 30. September 1862 ihnen gesagt hat. Damals nämlich erklärte er, und zwar sicherlich mit Unrecht, daß sie freiwillig auch einer freisinnigen Regierung in Preußen die uns und ihnen nothwendige Führung Deutschlands niemals anvertrauen würden. Sie würden nur vor der Macht Preußens sich fürchten, und darum müßten sie durch Blut und Eisen zur Vernunft gezwungen werden. So etwas aber läßt kein Volk sich ungefragt sagen.

Soll Preußen eine wirkliche Macht in Deutschland üben, und soll es sein Recht gegen Oesterreich und gegen jede andere Regierung durchsetzen können, dann muß es selbst erst eine Regierung haben, die mit dem eigenen Volke in Frieden zu leben versteht. Haben wir erst eine solche Regierung, dann werden wir auch in

einem Kriege, den sie mit aller Weisheit nicht vermeiden kann, freudig zu ihr stehen. Wir werden dann nicht fragen, was der Krieg kostet, sondern nur, wie er siegreich zu Ende zu führen ist. Unter der gegenwärtigen Regierung aber betrachten wir den Krieg, der uns jetzt bedroht, als das schwerste Unglück, das wir mit aller Kraft von uns abzuwenden suchen müssen.

Politische Wochenschau.

Preußen. Noch immer ist es der Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen, welcher die allgemeine Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch nimmt. Die preussische Regierung hat sich darüber in einer Depesche vom 24. v. M. an die deutschen Regierungen ausgesprochen, in welcher sie die Rüstungen Oesterreichs als äußerst bedrohlich schildert und erklärt, sie müsse demzufolge auf ihre eigene Sicherheit bedacht sein. Die darin angedeutete Maßregel einer theilweisen Kriegsbereitschaft ist auch seitdem angeordnet worden, und zwar sind die 5., 7. und 9. Division, die Garde-Reserve-Division und das 6. Armeekorps kriegsbereit gemacht worden. Seit jener Maßregel ist eine österreichische Note vom 31. v. M. hier eingetroffen, in welcher Oesterreich auf das Entschiedenste jeden offensiven Charakter seiner Rüstungen bestritt, und in welcher erklärt wird, daß der Kaiser von Oesterreich fest entschlossen sei, seinerseits sich nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikel 11 der Bundesakte zu setzen, welche es den Mitgliedern des Bundes verbietet, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen. Zum Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß das preussische Kabinett sich bewegen finden werde, ebenso bestimmt und ungeweihtig den Verzicht eines verhängnißvollen Friedensbruchs zurückzuweisen und dadurch jenes allgemeine Vertrauen auf die Erhaltung des inneren Friedens Deutschlands, welches niemals sollte gefährdet werden können, wiederherzustellen.

In Folge des Bekanntwerdens dieser Note wurden die schon in vielen Kreisen sehr schwach gewordenen Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens wieder geweckt, und stiegen diese noch, als bekannt wurde, daß die Pferdeanläufe in Preußen eingestellt seien. Trotzdem aber kann man behaupten, daß die Situation in keiner Weise dadurch geändert worden ist.

Das offizielle Organ der österreichischen Regierung nennt zwar die Ablehnung der erwähnten Note einen überaus friedlichen Schritt, und meint, wenn Preußen eine entsprechende Erklärung verweigert, so charakterisire es damit nicht nur die Achtung, die es vor dem Bundesrechte hat, und zwar in einem Augenblicke, wo seine Bestrebungen angeht auf eine Entwicklung und Reform dieses Rechtes gerichtet sein sollen; es dokumentire eine auf die Erödrung des Friedens in Deutschland gerichtete Absicht. — Aber wir können den Schluß dieses Artikels nicht als ein Zeichen von Friedenliebe ansehen, denn es gleicht auf ein Paar einer Drohung, wenn das österreichische offizielle Blatt sagt: Preußen wird sich jetzt schon überzeugt haben, daß seine militärischen Demonstrationen in Gesamtdeutschland berechtigtes Mißtrauen wachgerufen haben, daß die Bemühungen, einen geläufigen Verzicht der Provokation auf Oesterreich zu wägen, erfolglos geblieben sind. Die öffentliche Meinung Deutschlands, die sich schon jetzt mit seltener Einmüthigkeit ausgesprochen hat, würde sicher nicht anstehen, ihrem Urtheile auch einen entsprechenden tatsächlichen Ausdruck zu geben.

Außerdem hürden man allerdings von dem bevorstehenden Abschluß eines Bündnisses mit Italien und auch mit Frank-

reich, und andererseits hat man in Oesterreich, trotz der Einstellung der Pferde-Ankäufe in Preußen die Pferde-Ausfuhr verboten, weil man fürchtet, Preußen werde sich auf dem dortigen Markt verjagen.

Trotzdem glauben wir nicht, daß es wirklich zu einem Kriege kommen wird. Die Verhandlungen werden sich, abwechselnd mit friedlichem und kriegerischem Charakter, noch eine Zeitlang hinziehen, aber schließlich wird irgend ein Kompromiß, eine neue Auflage des Vertrages von Gastein den Riß wieder auf etwa ein Jahr verziehen. Inzwischen wird Oesterreich Zeit haben, sich im Innern zu kräftigen, und dann keinen Grund mehr haben, einem Kriege aus dem Wege zu gehen.

Im ganzen Preußenlande ist die Stimmung im Volke durchaus einem Kriege abgeneigt. In Stettin, in Düsseldorf, in Elberfeld, in Köln und an vielen anderen Orten haben große Volksversammlungen stattgefunden, welche sich mit aller Entschiedenheit gegen einen Krieg zwischen Oesterreich und Preußen ausgesprochen haben. Zu den wichtigsten von diesen Versammlungen gehört die am zweiten Dierstertage zu Bitten abgehaltene Versammlung, welche von weit über 1000 Personen besucht war, und in welcher eine sehr große Anzahl von Mitgliedern unseres Abgeordnetenhauses erschienen war. Derselbst wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt:

1) Ein Krieg zwischen deutschen Brudervölkern ist immer ein beklagenswerthes Unglück für die Nation und in der gegenwärtigen Lage Europas würde er der Einmischung neidischer und ländergeiziger Nachbarn Thür und Thor öffnen.

2) Ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich um die schleswig-holsteinische Sache ist um so weniger gerechtfertigt, als ein ernstlicher Versuch zu einer friedlichen Lösung unter Mitwirkung der Bevölkerung noch gar nicht gemacht ist. Das Gewissen des preussischen Volkes würde durch einen solchen Krieg sich um so schwerer belastet fühlen, als die Hauptschwierigkeit, das Bündniß mit Oesterreich unter Ausschließung des deutschen Volkes, durch die fehlerhafte Politik geschaffen ist, welche die Staatsregierung trotz der dringenden Abmahnungen der Volksvertretung eigenmächtig verfolgt hat.

3) Nur eine Regierung, welche die verfassungsmäßige Freiheit des Landes achtet und mit dem vollen Vertrauen des eigenen Volkes auch das der deutschen Nation zu gewinnen weiß, ist stark genug, die deutsche Aufgabe Preußens, die Bundesreform durchzuführen.“

Wir können hier nicht die Debatten dieser und der anderen Versammlung ausführlich referieren, nur den Schluß der Rede mit welcher Dr. Löwe-Galbe obige Resolutionen begründete, wollen wir hier folgen lassen, weil wir ihn allen unseren Lesern zur Beherzigung empfehlen möchten. Er entwickelt, daß die nationale Partei einmütig sei in der Beurteilung eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich. Der deutsche Staat ist nur auf dem Wege der Freiheit herzustellen, Preußen hat vorzüglich die Aufgabe, auf die Begründung des deutschen Staates hinzuwirken. Dazu bedarf es der liberalen Reform und es ist die Pflicht jedes Bürgers, so viel in seinen Kräften steht, dazu mitzuwirken. Der Indifferentismus ist nie verwirklichter gewesen, als heute. Das deutsche Volk hat stets am schwersten von seinen Unterthanenständen zu leiden gehabt. Jeder ist mitschuldig an dem Kriege, wenn es dazu kommt, und an allem Unheil, an allen zerstörten Hoffnungen, die er zur Folge haben wird, der nicht jetzt aus allen Kräften seine Pflicht thut, indem er seine Mei-

nung kundgibt und die Opfer dafür bringt, welche die Gefahr des Vaterlandes von ihm erheischt.

Die Beschließung des Volkes an den erneuten Sammlungen für den Nationalfonds ist eine höchst erfreuliche. Von allen Seiten kommt die Kunde von sehr bedeutenden Beiträgen. So sind in der Gegend von Elbing etwa 2000 Thlr. eingegangen und eine Sammlung, welche bei dem Festmahle veranstaltet wurde, das sich an die oben erwähnte Volksversammlung zu Bitten angeschlossen, ergab etwa 1400 Thlr.

Frankreich. Ueber die Haltung Frankreichs bei einem etwaigen Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen verläutet nichts Sicheres, bis jetzt hat Napoleon sich noch die Hände nach beiden Seiten freigehalten.

Italien. Wie es scheint, rüftet die italienische Regierung, um bei einem Kriege zwischen Oesterreich und Italien Venedig angreifen zu können.

Die Bewegung und ihr endliches Ziel.

I.

Dem oberflächlichen Blick kann es leicht erscheinen, als ob die soziale Bewegung dieses Jahrhunderts stets in's Maßlose auslaufe, daß sie kein Ziel kenne, auf das sie losstreue, um sich, wenn es erreicht, zufrieden zu geben. Wieviel scheint sie vielen der Rabine vergleichbar, die in ihrem Sturze Alles mit sich fortreißt und dann in dem tiefsten Thal sich und ihre Opfer begräbt — scheint der schrecklichen Hydra gleich, die Alles um sich her und zuletzt sich selber verhängt. Angebliche Belegstellen für diese Ansicht giebt es in der neuesten Geschichte genug und da ist vielleicht Keiner, der mit Ueberlegung dem Fortschritte halbigt, an den nicht auch diese Bedenken heranzutreten wären. — Indessen, — man lasse sich nicht von dem äußeren Schein leiten, sondern forsche nach des Pubels Kern, nach den Motiven, aus denen jene Thatfachen nur folgen sind. — Die Bewegung hat ein Ziel und zwar ein sehr bestimmtes, gar nicht so sehr in der Ferne liegendes. Sie ist nicht maßlos, sie wird nicht zufrieden mit ihrem Erfolge sein und diejenigen haben niemals Recht gehabt, welche sagen, würde man dieser Bewegung den Finger, so will sie die Hand u. s. f. Es sei nun hier unsere Aufgabe, diesem endlichen Ziel der Bewegung nachzuspüren und seinen Inhalt, so wie seine Grenzen zu bestimmen.

Wir kommen mit unsern Zuständen gerade's Weges aus dem Mittelalter und seit sechzig Jahren erst haben wir angefangen, und entschieden von ihm loszulösen. Nun ist aber die Forderung der Zeit der gerade Gegensatz der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung. Der moderne Staat ist der friedliche Vertrag Aller gegen Alle zu gleichen Rechten und gleichen Pflichten, der mittelalterliche Staat war der Krieg Aller gegen Alle, das Recht ging so weit die Macht und das Privilegium reichte. Wenn nach unserer sozialen Anschauung jedem Einzelnen sein Recht geschehen soll, indem seine Arbeitsleistung je nach dem Angebot und der Nachfrage nach derselben gewirkt d. i. bezahlt werde, so ging das Mittelalter gerade umgekehrt zu Werke. Jeder Einzelne ging daraus aus, soweit eben seine Macht reichte, für seine Arbeitsleistung im Voraus den Preis zu bestimmen und ihn dann den Consumenten aufzuzwingen. Das ist das Wesen aller Privilegien und diese Letzteren sind wiederum nichts Andres, als die verbrüete Gewalt, die den Namen des Rechts umwirft.

Die Gewalt aber hatte der Adel, ehe das Schießpulver erkunden, in Folge seiner körperlichen Stärke, seines Harnisches und seiner Wapen. Er schützte den Bauer, nahm aber den Preis für diese seine Arbeit im Voraus, indem er

den Bauer zu seinem Leibeigenen machte, den Boden für sein Eigenthum erklärte und denselben gegen jährlichen Pachtzins ausgab. Am deutlichsten wird uns das Privilegium werden an einem Beispiele. — Ein unternehmender Leibeigener besah sich z. B. ein Küchlein, das mit starkem Gefälle von der Höhe herabfiel. Der Bach lag im Gebiet des obigen Herrn. Er geht zu diesem: „Gnädigster Herr, sagt er, ich habe mir einen Bach im Walde besetzt, er könnte sehr gut eine Mühle treiben. . . .“ „Aber der Bach ist mein“, spricht der edle Herr. „Das weiß ich, erwiederte der Leibeigene, darum kommt ich eben. Der Bach nützt Euch nichts. Eure Mühle wüssten das Korn mähiam auf der Termühle mahlen, erlaubt mir, daß ich die Wasserkraft benutze, um dort eine Mühle zu bauen, ich will Euch dafür Euer Brod umsonst mahlen. . . .“ „Wohle der Adlige nicht, wie ein solches Ding möglich war, so forchte er auf die Beschreibung und die Sache leuchtete ihm ein.

„Allein meinen Bedarf umsonst mahlen? Das ist zu billig.“ „Verkauf mir den Fisch Anker, edler Herr! . . .“ spricht der Bauer. Verkauf? denkt der Ritter — nimmermehr, der Leibeigene hat kein Recht und darf kein solches haben, erliches Land zu besitzen. . . .“ „Gieb mir außer meinem Bedarf noch 4 Mispel jährlich Pacht; dann baue die Mühle. . . .“ „Gnädigster Herr, fragt der Bauer, wie kann ich diese hohe Pacht geben, ich weiß ja nicht einmal, ob ich im Jahr überhaupt so viel Mählgut einnehme? . . .“ Der Adlige denkt an seine umliegenden 10 Dörfer mit einem ihm ungetrigenen Stadtein. „Dafür ist Dir, spricht er, ich werde mirinen Unterthanen befehlen, bei Dir zu mahlen, dann wirst Du mir die 4 Mispel Pacht schütten. . . .“ Das hieß mit christlichen deutschen Worten, wenn Du Müller das Privilegium des Mählwangs über jene Orte hast, so lausst Du ja nach Belieben Deine Mählgäste bestehen und Du wirst wahrlich ein scharftr Gaul, wenn Du an dieser vollen Kuppe verdürbst, trogdin Du zuvor für mich 4 Mispel Getreide stichst. — Klagen nun einmal die Unterthanen beim obigen Herrn über den Müller, wie er statt einer Mühle deren drei und vier nähme, so konnte jener überdem noch den großmüthigen Richter spielen. Auch aber irgend Jemand den Mählwang und sich er anderwärts mahlen, wo er besser bedient wurde, so war der Ritter oer unnachlässiglich Strafende mit Burgverleß und Halsstein.

Im Kampf mit diesen Maximen des Adels entstanden die Städte; allein auch sie organisierten sich nach dem einmal herrschenden Prinzipie. Sie wußten den Landesherren zu benutzen, der ihrer im Kampfe gegen den Adel bedurfte, dafür erlangen sie wiederum von ihm die ausgehöhtesten Privilegien und inne halb ihrer Mauern barg sich die Ungleichheit in Gestalt des Patrizier Raiments, des strengsten Zutritts und dgl. — Alles in letzter Instanz gewaltthame Verwahrungsbewahrung des Privileg für die zu leistende Arbeit.

So gedieh im Mittelalter das Privilegienwesen, — jede ummauerte Burg, jede Stadt mit Miegel und Thor war ein Staat im Staate und zwar jederlicher bedacht und befreit, den größtmöglich-n Zollschutz gegen seine Nachbarn zu erlangen. Der moderne Begriff des Rechts war solchen Zuständen geg-nüber ein imaginärer Traum; jedes Unrecht konnte durch die Macht zum Recht privilegiert werden, — war der feudale Adel doch selbst ein lebendes Privilegium des ungestraften Todtschlags, wovon wir heut noch die letzten Ausläufer im Duellewesen sehen. Doch schon die Erstfindung des Schießpulvers schnitt diesen Zuständen den Nerv ab. Diese unheimliche graue Substanz troch ohne Gnade die Gewalt

der Faust, die Kugel schlug durch den Harnisch durch und ihr unsichtbarer Lauf traf eben so den hochgeborenen Ritter, als den niedrigsten Leibeigenen. — Nun kamen die Landesherren in Verbindung mit den Städten und der veränderten Kriegsführung empor und jähmten den trotigen Adel. Mit der Niederwerfung des Adels erstobte die absolute Monarchie. Diese war ihrer Selbsterhaltung willen darauf angewiesen, dem Prinzipie des modernen Rechtes zu dienen und die verschiedenen Stände gleich zu machen. „Unsere ganze Gesetzgebung ist eine Verabreichung des Adels“, sagte einmal ein Adliger. Er hätte Recht; wenn alles Unrecht gegen die gesamte Menschheit durch die Verjährung Recht werden könnte. Insofern hat die Gesetzgebung den Bürger und den leibeigenen Bauer von allem Fronbrotteiler erlost und ihm das geliebte Land zum Eigenthum gegeben, sie hat dem Adel sein vornehmstes Recht, das Privilegium des alleinigen Grundbesitzes genommen, und somit den Nichtadligen ihm gleichgestellt. — sonderbarer Weise steht jetzt die Regierung still, erlaubt, wird zweifelhaft, — erschrickt sie vor ihrer eigenen Schöpfung gegenüber den Anforderungen der Demokratie, die nichts weiter will wie in demselben Geiste und Sinne die letzte keckernde Hand an das Werk legen?

Die

Mitteldeutsche Volkszeitung,

(Organ der Fortschrittspartei)

erscheint wöchentlich sechs Mal und bietet entschiedene freisinnige Beiträge, eine übersichtliche Mittheilung aller interessanter Tagesangelegenheiten, Besprechungen gemeinnütziger und nationaler Zeitungsorganen, der Arbeiterangelegenheiten und für die Unterhaltung ihrer Leser und Vereinen längere Erzählungen und ein reichhaltiges Feuilleton.

Die Mitteldeutsche Volkszeitung ist für den geringen Preis von 24 Mgr. pro Vierteljahr durch alle Postämter Sohrens, Altenburg u. s. bezuehen. An Orten, welche durch die Eisenbahn mit Leipzig verbunden sind, trifft die Zeitung regelmäßig am Morgen des Erscheinens ein.

Probeummern sind auf Verlangen bei jeder Postanstalt zu erhalten. Bestellungen auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal bitten wir baldigst zu machen und zur Vermeidung der Verwechslung mit andern Zeitungen den Titel:

„Mitteldeutsche Volkszeitung in Leipzig“

genau zu bezeichnen.

Inserate sind bei der großen Verbreitung unserer Zeitung sehr wirksam und werden die Spaltzeile mit nur 8 Pf. (½ Mgr.) berechnet.

Leipzig, im März 1866.

Expedition der Mitteldeutschen Volks-Zeitung.
Robert Frieke.

Das in Haynau jeden Mittwoch und Sonnabend erscheinende

„Haynauer Stadt-Blatt“

erhebt im liberalen Sinne, bringt in jeder Nummer einen populär geschriebenen Leitartikel, eine kurze für Jedermann verständliche Uebersicht der Tagesereignisse, provinzielle und lokale Nachrichten, sowie Novellen und lazet zum Abonnement geeignet ein.

Inserate finden in dem „Haynauer Stadtblatt“, welches das weitverbreiteste Blatt im Kreise ist und weit über die Nachbarstette hinaus gelesen wird, in Stadt und Land die weiteste Verbreitung.

Alle königlichen Postanstalten nehmen zu dem vierteljährlichen Abonnementpreis von 7¼ Mgr. Bestellungen an.

Haynau.

Die Expedition.